

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 64 (1984)
Heft: 12

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Indiens Demokratie auf dem Prüfstand

Spannungen im Vielvölkerstaat

Die Ermordung Indira Gandhis durch zwei Sikh-Leibwächter wie auch die auf das Attentat folgenden dreitägigen Ausschreitungen gegen Angehörige der Sikh-Gemeinschaft in der Hauptstadt Delhi und anderen nordindischen Städten offenbarten einmal mehr die Doppelgesichtigkeit politischer Entwicklungen in Indien. Auf der einen Seite muss schockieren, wie schnell sich das soziale Gefüge in Indien auflöst und jede Mitmenschlichkeit der Gesellschaft verschwindet. Auf der andern Seite ist angesichts des Ausmaßes der Tragödie erstaunlich, wie resistent sich das politische System Indiens in einer präzedenzlosen Krisensituation erwiesen hat. Nur wenige Entwicklungsländer, unter denen die Zahl der Demokratien ohnehin verschwindend klein ist, hätten diese Umwälzung ohne einen Rückfall in eine Militärdiktatur überstehen können. Die Tatsache, dass zu keinem Zeitpunkt der Krise auch nur spekulativ eine Übernahme der Macht im Staate durch die Armee erwogen wurde, strafft jene Kritiker Indira Gandhis Lügen, die, insbesondere seit dem Notstand von 1975/77 der autoritären, niemals aber diktatorischen Premierministerin vorwarfen; die Fundamente der Demokratie in Indien zerstört zu haben.

In diesem Jahr waren aus Anlass des 20. Todestages von Indiens erstem Premierminister, Jawaharlal Nehru, die üblicherweise schon düsteren Rück-

blicke und Kommentare zum am 15. August begangenen Unabhängigkeitstag noch pessimistischer als gewohnt. Der Chefredaktor der angesehenen «*Times of India*», Girilal Jain, schrieb zum Wertzerfall in Indien: «*Unser System hat nicht den Aufstieg von echten, risikofreudigen Unternehmern, sondern das Emporkommen zwielichtiger Geschäftemacher gefördert, die sich den Weg durch die verwickelten Korridore der Macht in Delhi freikaufen. So dicht ist der Dschungel von Kontrollen und Vorschriften, dass nur die Gewissenlosen ihn zu durchdringen vermögen, während jene, die Selbstrespekt haben, steckenbleiben.*»

Die in den letzten Monaten sich häufenden, durch den dreisten Aufkauf von Landtagsabgeordneten herbeigeführten Regierungswechsel in verschiedenen Gliedstaaten der Indischen Union, die offene Kollaboration von Parteipolitikern mit prominenten Bonzen der Unterwelt in Bombay und Bihar, lähmende Passivität gegenüber schweren sozialen Übeln wie Leibeigenschaft, Kastenwesen und Wucher, rücksichtslose Raffgier von korrupten Beamten und skrupellosen Unternehmern, die Indien zu einem Paradies für Gesetzesbrecher, Schmuggler und Fälscher zu machen droht, sowie das wiederholte Ausbrechen von blutigen Religions- und Minderheitenkonflikten, wie zuletzt

bei den grausamen Vergeltungsaktionen gegen Sikhs, scheinen die Rede von einer in Auflösung begriffenen Gesellschaft zu bekräftigen.

Wie alles in einem so komplexen Land, zeigen diese dunklen Seiten der indischen Gesellschaft jedoch nur einen sehr beschränkten Teil des wahren Bildes. Es liegt nicht selten am Aussenstehenden, der über Vergleichsmöglichkeiten mit anderen Ländern, insbesondere in der Dritten Welt, verfügt, den Pessimismus seiner indischen Gesprächspartner zu mildern. Zwar zeigt sich die indische Elite gegenüber kritischer Berichterstattung in den westlichen Medien sehr empfindlich, doch ist es in den letzten Jahren nicht so sehr die gelegentlich böswillige Darstellung, sondern vielmehr die wachsende Indifferenz gerade auch in Westeuropa gegenüber den Entwicklungen auf dem Subkontinent, die Indiens Imagewahrern Sorge bereiten müsste.

Die Überzeugung, dass sich Indiens Realität nicht in Überschwemmungskatastrophen, Slums und Elend erschöpft, stützt sich nicht auf Propagandabroschüren, Ferienromantik oder Abenteuerlust. Sie ruht vielmehr in zwei Grundbedingungen menschlicher Existenz, in Kultur und Humanismus. Wer Indiens Dörfer und Provinzstädte besucht, wer sich in Metropolen wie Madras, Kalkutta oder Bombay die Mühe nimmt, hinter die Fassaden westlicher Zivilisation zu blicken, wird nicht übersehen können, dass Indien mit seiner religiösen, sprachlichen und ethnischen Vielfalt zu den ganz wenigen Ländern dieser Erde gehört, die über eine lebendige, jahrtausendealte Kultur verfügen.

Damit eng verbunden ist die Er-

fahrung der Menschlichkeit Indiens. Durch die Offenheit und Toleranz der hinduistischen Kultur, die unter der Oberfläche kultischer Riten auch die anderen in Indien vertretenen Weltreligionen stark beeinflusst hat, offenbart sich das Land dem Betrachter ohne den geringsten Schleier der Befangenheit oder des Tabus mit all seinen Stärken und Schwächen. Die Bipolarität menschlichen Denkens und Handelns, die Koexistenz und oft auch das Ineinanderliessen von Gut und Böse, von Mitleid und Grausamkeit, von Selbstlosigkeit und Raffgier, von Gewalt und Gewaltlosigkeit ist ohne jeden mildernden Firnis allgegenwärtig. Äußerlich lässt sich dieser brutale Kontrast wohl nirgends eindrücklicher erfahren als in Benares, beim Übergang vom tiefsten materiellen Elend in den schmutzigen Seitengassen zum spirituellen Glanz der religiösen Reinigungsriten auf den Stufen zum heiligen Ganges.

Gesellschaft im Umbruch, Beispiel Pandschab

Eine gerechte Beurteilung der in rascher Entwicklung befindlichen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und regionalen Herausforderungen an den Zusammenhalt der Indischen Union wird dadurch erschwert, dass die erwähnten Fundamente des hinduistischen Lebensverständnisses von einem alle Schichten erfassenden zivilisatorischen Umbruch überlagert werden. Dies lässt sich recht eindrücklich an den Geschehnissen der letzten zwei Jahre im nordwestindischen Gliedstaat Pandschab exemplifizieren.

Die Agitation radikaler Sikhs begann hier, nachdem Verhandlungen zwischen der Zentralregierung in Delhi und den Führern des zur Kongresspartei in Opposition stehenden Akali Dal, von einigen als der «politische Arm» der Sikhs bezeichnet, über zum grossen Teil massvolle politische, wirtschaftliche und religiöse Forderungen festgefahren schienen. Der durch das oft verwirrende Taktieren auf beiden Seiten bei den Sikhs geschaffene Eindruck, dem Zentrum sei an einer vernünftigen Regelung ihrer Begehren nicht gelegen, führte zu einer Stärkung der Extremisten, die in der Folge mit vom Goldenen Tempel in Amritsar, dem höchsten Heiligtum der Sikh-Religion, aus geleiteten Terrorbanden den Pandschab an den Rand eines Bürgerkriegs brachten.

Eine Analyse der Brandreden des Extremistenführers Sant Jarnail Singh Bhindranwale und der Rechtfertigungen von Terrorakten durch seine Ge-sinnungsgenossen sowie das eigentümlich ambivalente Verhalten von gemässigten, der Gewaltanwendung durchaus abgeneigten Sikhs gegenüber ihren extremistischen Glaubensbrüdern legen den Schluss nahe, dass hinter dem Aufruhr nicht nur Postulate wie eine Neuverteilung der Wasserentnahme aus Grenzflüssen, die Radioübertragung religiöser Lesungen oder die völlige Überführung der heute mit dem Nachbarstaat Haryana geteilten Kapitale Chandigarh in den Pandschab stehen, sondern viel komplexere Motive religiöser und kultureller Natur massgeblich sind.

Zunächst ist daran zu erinnern, dass die Sikhs, zu denen sich von Indiens 730 Millionen rund 14 Millionen zählen, keine unterdrückte Minderheit

sind. Sozial und wirtschaftlich gehören sie zumeist zu den privilegierten Gruppen in Indien. Dies hat seinen Ursprung nicht nur in der britischen Kolonialzeit, als Sikhs die bevorzugten Rekruten für die indischen Einheiten der Armee waren, sondern reflektiert auch das historische, von der Religion stark geförderte Bewusstsein der Sikhs, in ihrer rund fünf-hundertjährigen Geschichte wiederholt an der unruhigen Nordwestgrenze des Subkontinents gegen Invasoren, insbesondere die Afghanen, heroischen Widerstand geleistet zu haben. Nicht ohne Grund sehen sie sich als Bannerträger des pandschabischen Nationalismus.

Als der Subkontinent 1947 nach Abzug der Briten geteilt wurde, ging der wirtschaftlich, kulturell und demographisch stärkste Teil des Pandschabs an Pakistan. Der Rest wurde nach mehreren administrativen Grenzveränderungen zum heutigen Gliedstaat Pandschab, in dem die Sikhs mit rund 52 % nur eine sehr schwache Mehrheit der Gesamtbevölkerung stellen. Im pakistanischen Pandschab mit dem für die Geschichte der Sikhs bedeutenden Kulturzentrum Lahore gibt es keine nennenswerte Sikh-Bevölkerung mehr. Die fixe Idee der radikaleren Elemente in der Sikh-Gemeinschaft, dass der Pandschab durch eine Partei der Sikhs, den mit den Gurdwaras (Sikh-Tempel) eng verbundenen Akali Dal, regiert werden müsse, lässt sich wegen der Zer-splitterung der Sikh-Wähler kaum realisieren, schafft aber wegen der soliden Ablehnung der Akalis durch die Hindus das Gefühl, im «eigenen» Staat eine Minderheit zu sein.

Schliesslich spiegelt sich in der Agi-

tation der Sikhs auch eine Rückkehr zu religiösem Fundamentalismus wider. Der in den letzten Jahren auch auf dem Land sichtbar gewachsene Wohlstand im Pandschab – der Staat gehört wegen seiner erfolgreichen Landwirtschaft zu den reichsten Regionen Indiens – hatte zur Entfremdung einer vom westlichen Lebensstil faszinierten Jugend von den religiösen Bräuchen der Väter geführt. Bemerkenswert ist deshalb, dass der Extremismus und primitiv-religiöse Fanatismus Sant Bhindranwales, zu seinen Lebzeiten nicht ohne Grund «Ayatollah der Sikhs» genannt, das religiöse Selbstbewusstsein gerade unter jüngeren Sikhs gestärkt hat.

Hindus und Sikhs im Pandschab gehören zur gleichen ethnischen Gemeinschaft. Bis in jüngste Zeit pflegte der älteste Sohn einer traditionellen Hindufamilie im Pandschab sich zum Sikh-Glauben zu bekehren. Für den gläubigen Hindu sind die Tempel der Sikhs ebenfalls Heiligtümer, und auch Hindus drückten ihre Sorge über die Entweihung des Goldenen Tempels durch Gewalt aus. Noch waren indessen die Wunden über den Terrorismus der letzten Monate nicht geheilt, und hatten die meisten Sikhs ihre Empörung über den Sturm der Armee auf den Goldenen Tempel nicht überwunden, da wurden Misstrauen und Verbitterung unter den beiden Gemeinschaften durch die Ermordung Frau Gandhis und die nachfolgenden Ausschreitungen erneut geschürt. Die ambivalente Haltung der Sikh-Hohenpriester bei der Verurteilung des Attentats auf die Premierministerin wie auch der Schock über den plündernden und mordenden Pöbel stärkte unter den gemässigten Hindus, die,

wie Frau Gandhi selbst, in ihrem säkularen Staatsverständnis unerschütterlich sind, die Erkenntnis, dass die Bewältigung der jüngsten Ereignisse nur auf dem Boden der umfassenden religiösen Toleranz des Hinduismus möglich ist.

Regionalparteien im Aufschwung

Die im Verlaufe der letzten Monate immer undeutlicher gewordene Grenze zwischen den Extremisten und den sich selbst als gemässigt bezeichneten Gruppen im Lager der Sikhs wird, sobald die Direktunterstellung des Pandschabs unter die Verwaltung des Präsidenten der Indischen Union aufgehoben, und der in allgemeinen Wahlen bestellte Landtag wieder in seinen Rechten eingesetzt wird, zu einer grundlegenden Neubestimmung der parteipolitischen Stärkeverhältnisse im Pandschab führen. Mit Sicherheit wird, voraussichtlich durch Reformen der Tempelstatute beschleunigt, der Akali Dal an Boden verlieren. Die Mehrheit der Enttäuschten wird sich den national relevanten Parteien anschliessen, während zu erwarten ist, dass eine Minderheit ins Lager der Sezessionisten überwechselt wird. Auch nach den jüngsten Zwischenfällen legen Gespräche mit Sikhs in Indien den Schluss nahe, dass die Hauptunterstützung für einen unabhängigen Sikh-Staat «Khalistan» aus Übersee, insbesondere aus Grossbritannien, den USA und Kanada kommt. Den in diese Staaten teilweise vor mehreren Jahrzehnten ausgewanderten, oft sehr dogmatischen Sikhs werfen die Glaubensbrüder in Indien vor, durch ihren Extremismus die Stimmung anzuhei-

zen, ohne selbst den Folgen ihres Treibens ausgesetzt zu sein.

Die Entwicklung im Pandschab steht im Gegensatz zu den parteipolitischen Trends in mehreren Gliedstaaten, wo derzeit zu Lasten sowohl der nationalen Oppositionsparteien als auch des Kongresses Regionalparteien an Boden gewinnen.

Eine Beschränkung auf die augenfälligen Beispiele Jammu und Kaschmir, Andhra Pradesh sowie Tamil Nadu, die drei Gliedstaaten, die von einer erklärten Regionalpartei regiert werden, verfehlt die Tragweite dieser Kräfteverschiebung. Einerseits zeigen sich aus rein wahltaktischen Gründen vermehrt auch Kongressregierungen geneigt, regionale Bewegungen zu eigenen Zielen auszubeuten. In Maharashtra ist dies bereits ein normaler Bestandteil der kongressinternen Fraktionskämpfe. In Haryana nutzte der Kongresspolitiker und Chefminister, Bhajan Lal, die Emotionen um die Ermordung unschuldiger Hindus durch Sikh-Extremisten zur Verhärting der eigenen Verhandlungsposition gegenüber der damals ebenfalls von der Kongresspartei gebildeten Landesregierung des Pandschabs. Andererseits sehen sich Gliedstaatenregierungen, die von nationalen Oppositionsparteien geführt werden, gezwungen, sich im Zweifrontenkampf mit der Kongressführung im Zentrum und mit der lokalen Kongresspartei als Wahrer spezifisch regionaler Interessen zu profitieren. Dies ist sowohl bei der marxistischen Regierung in Westbengalen als auch bei der von der Janata Partei geführten Koalition im südindischen Karnataka der Fall.

Das Wachstum der Regionalparteien und die Stärkung regionaler Ein-

flüsse in den nationalen Parteien hat verschiedene Ursachen. Die Bandbreite reicht vom sprachlichen und kulturellen Selbstbewusstsein der Tamilen zu den Einwandererproblemen in Assam, von politisch-religiösem Selbstbehauptungswillen in Jammu und Kaschmir bis zum neugefundenen Gemeinschaftsbewusstsein der Telugus in Andhra Pradesh. Gemein ist diesen Entwicklungen nicht die Unzufriedenheit mit der bestehenden Machtverteilung zwischen Delhi und den Gliedstaaten. Solche Fragen liegen innerhalb des Mandats der von der Zentralregierung 1983 eingesetzten Sarkaria-Kommission, der die Ausarbeitung von Richtlinien für allfällige Verfassungsrevisionen obliegt. Die regionalen Herausforderungen an den Zusammenhalt der Indischen Union gehen vielmehr von zumeist personenbezogenen parteipolitischen Konstellationen aus. Ohne die kraftvolle Persönlichkeit des Filmschauspielers N. T. Rama Rao hätte der Erdrutsch zugunsten der regionalen Telugu Desam Partei bei den Landtagswahlen im Februar 1983 nicht stattgefunden; auch die Nationale Konferenzpartei in Kaschmir zehrt nach wie vor von der historischen Persönlichkeit ihres Gründers, Sheikh Abdullah, ja der derzeitige innerfamiliäre Machtkampf in Kaschmir ist eine direkte Folge des umstrittenen politischen Erbes des *«Löwen von Kaschmir»*.

«Caudillismus»

Die Personenbezogenheit der Regionalparteien reflektiert sich in einem ähnlichen «Caudillismus» auf nationaler Ebene. Bald vierzig Jahre nach Er-

langung der Unabhängigkeit hat Indien, von der kommunistischen Linken abgesehen, keine nationale Partei mit einem klaren ideologischen, programmatischen Standort. Und dies, obwohl einzelne Parteien bereits vor dem Abzug der Briten gegründet worden waren, und die Kongresspartei im nächsten Jahr gar ihren 100. Geburtstag feiern kann. Während sich für den Unabhängigkeitskampf und noch bis weit in die sechziger Jahre die Existenz überragender politischer Führer wie Nehru, Rajagopalachariar, Patel und Jayaprakash Narayan aus den ausserordentlichen historischen Umständen erklären liess, weist die heutige Klage über die unbefriedigenden Alternativen zur verstorbenen Premierministerin Indira Gandhi sowohl innerhalb als auch ausserhalb der Kongresspartei auf schwere Unzulänglichkeiten des Vielparteiensystems in Indien hin.

Dass ein grosses, zumeist ungebildetes Elektorat in Verbindung mit dem englischen Majorzwahlssystem dem Aufbau demokratischer Strukturen innerhalb von Parteien nicht zuträglich ist, lässt sich auch bei anderen, wirtschaftlich höher entwickelten Ländern aufzeigen. Durch die wiederholten Abspaltungen bei der Kongresspartei sowie durch die zumeist hoffnungslose Zersplitterung der Opposition ist dieser Trend noch gefördert worden. In der unter Nehru sich noch durch verschiedene Provinzgrössen profilierenden Kongresspartei ist inzwischen die Macht so sehr auf Delhi konzentriert, dass auch Chefminister von Gliedstaaten der Union sich vor wichtigen Entscheiden erst der Unterstützung des Kongresshauptquartiers versichern müssen, und dieses bei

seiner Personalpolitik eine Selbstherrlichkeit erreicht hat, die jeden Kongresspolitiker mit eigener Wähler- und Machtbasis als verdächtig erscheinen lässt. Der Hauptgrund für die im Mai erfolgte Entlassung des Chefministers von Sikkim und die von den Mehrheitsverhältnissen im dortigen Landtag überhaupt nicht gegebene Unterstellung dieses strategisch wichtigen Grenzstaates unter die Direktverwaltung durch den indischen Präsidenten war, dass dem Kongresshauptquartier in Delhi die zu selbständige Wählerbasis in Sikkim missfiel. Die Folge einer solchen Personalpolitik ist das Aufsteigen von mittelmässigen Karrierepolitikern, die ihre ganze Laufbahn dem Regierungschef verdanken.

Die Indische Union ist von der Verfassung her kein Bundesstaat im Sinne etwa der Schweiz. Dennoch wurde von den Gründungsvätern den Gliedern der Union eine über rein administrative Belange herausreichende Selbständigkeit zugedacht. Die Notwendigkeit zur Dezentralisierung ist nicht nur durch die linguistische und ethnische Vielfalt von Indiens Bevölkerung gegeben, sondern auch durch die schiere Grösse einzelner Gliedstaaten. Uttar Pradesh mit 110 Millionen, Bihar mit 70 Millionen oder Maharashtra mit 65 Millionen Einwohnern müssen im europäischen Vergleich als Grossstaaten bezeichnet werden. Die unter der Bevölkerung um sich greifende Erkenntnis, dass wichtige Gliedstaaten der Indischen Union nicht einmal mehr in der Lage sind, ihren eigenen Chefminister und ihre eigene Regierung zu bestellen, ohne auf das Machtwort aus Delhi hören zu müssen, bestärkt natürlicherweise die Position von Regionalpolitikern, die an-

gesichts von Massenarmut, Analphabetismus und tiefverankerten religiösen oder sozialen Vorurteilen keine Schwierigkeiten haben, Lokalinteressen auszubeuten.

Einsichtige Kritiker des derzeitigen Parteiensystems verfechten die These, dass der Trend zum Regionalismus nur mit einer vermehrten programmatisch-ideellen Profilierung der nationalen Parteien zu brechen sei. Bereits Mahatma Gandhi hatte mit seinem sicheren Sinn für die Schwächen machthungriger Politiker gefordert, dass die Kongresspartei, in deren Reihen sich die prominentesten Führer des indischen Unabhängigkeitskampfes befanden, nach der Erlangung der nationalen Selbständigkeit aufgelöst werden sollte. In der Tat hat die überragende Stellung des Politikers aus den verschiedensten ideologischen Lagern umfassenden Kongresses die Entwicklung eines breiten Parteienpektrums verhindert. Mit dem verstärkten Druck regionaler Gegensätze sind jedoch die demokratische Strukturierung und eine solide Programmarbeit in den Parteien wichtiger denn je zuvor. Die politische Entwicklung der indischen Wählerschaft auch auf dem Land ist nicht stehengeblieben. Soll mit einem politisch mündigen Wähler der nationale Zusammenhalt gewahrt werden, so ist eine Abkehr von einer rein personenbezogenen, auf Kasten- und Religionszugehörigkeit beruhenden Parteipolitik unerlässlich.

Wachsende Polarität zwischen Norden und Süden?

Eines der stärksten und zweifellos auch gefährlichsten Elemente der

Fragmentierung der indischen Politik ist die Religion. Indien beherbergt alle bedeutenden Weltreligionen und ist mit rund 100 Millionen Muslimen heute der zweitgrößte Muslim-Staat der Erde. Auch Indira Ghandis schärfste Kritiker konnten nicht bestreiten, dass die Kongresspartei unter der Führung der Nehru-Familie ihren laizistischen Charakter weitgehend bewahrt hat. Der religiöse Pluralismus Indiens unterscheidet sich von den jüngsten Entwicklungen sowohl in den wichtigsten Nachbarländern als auch im weiteren Umfeld östlich und westlich des Subkontinents.

Als ein Instrument ihrer Legitimation haben in letzter Zeit die Militärregime in Pakistan und Bangladesh den Islam zur staatstragenden Ideologie erklärt. In Sri Lanka spielt im Konflikt zwischen der tamilischen Minderheit und der singhalesischen Mehrheit die Sturheit fundamentalistischer buddhistischer Mönche eine verhängnisvolle Rolle. Weiter östlich, in Malaysia und Indonesien, und weiter westlich, insbesondere im Iran, sieht sich Indien mit einem militanteren, selbstbewussteren Islam konfrontiert.

Durch das Wiederaufleben des religiösen Eifereriums unter den Sikhs im Pandschab und das durch die weltweite Militanz des Islam gestärkte Selbstvertrauen der Muslime in Indien, findet sich die hinduistische Mehrheit heute im eigenen Land von weniger toleranten Religionen herausgefordert. Dies hat einerseits zu einer Stärkung der reaktionären, militärtanten Elemente unter den Hindus geführt, anderseits zu einer Rückbesinnung auf die wahren Werte des Hinduismus Anlass gegeben. Ein herausragender Vertreter der Reformbewegung ist

der Erbfolger des früheren Maharadschas von Kaschmir und Kongressabgeordnete im indischen Unterhaus, Karan Singh, dessen Hindu Virat Samaj sich in den letzten Monaten als Wortführer einer Renaissance des Hinduismus profiliert hat.

Karan Singh betont – im Gegensatz zu militärischen Hinduführern – die tolerante Grundhaltung des Hinduismus sowohl gegenüber unterschiedlichen Meinungsströmungen im Innern als auch gegenüber anderen Religionen. Doch legt er gleiches Gewicht auf das Recht der Hindus von den anderen Glaubensbekenntnissen, ein ähnliches Mass an Toleranz zu erwarten. «Der Hinduismus ist nicht mehr länger bereit, stets das hilflose Opfer aggressiver Missionierung zu sein.» Solche Worte sind durchaus nicht nur an die Fundamentalisten unter den Muslimen gerichtet, sondern auch an Extremisten unter den Sikhs und Eiferer unter den verschiedenen christlichen Konfessionen, die insbesondere in Südindien auch über erheblichen politischen Einfluss verfügen.

Karan Singhs Bestreben unterscheidet sich von den reaktionären Bewegungen dadurch, dass die Hebung des Selbstvertrauens der Hindus mit einem gesunden Mass an Selbstkritik einhergeht. Karan Singh verheimlicht nicht, dass unter anderem auch schwere soziale Missstände zur Verletzlichkeit des Hinduismus gegenüber anderen Religionen geführt haben. Im Vordergrund steht dabei das vor allem in ländlichen Gegenden starke Kastenwesen. Vor Jahresfrist wurde die indische Öffentlichkeit durch den Übertritt eines ganzen Dorfes im südindischen Tamil Nadu zum Islam

aufgeschreckt. Der Fall wurde von den militärischen Hindus als ein Beweis dafür angesehen, dass die Muslime mit massiver finanzieller Unterstützung und einem verlockenden Arbeitsangebot in der arabischen Welt beabsichtigten, ihre Anhängerschaft in Indien zu erweitern. Vernünftigere wiesen darauf hin, dass es sich – wie in anderen, weniger spektakulären Fällen – bei den Konvertiten um Kastenlose gehandelt habe, und dass neben materiellen Erwägungen durchaus die Aussicht auf einen endgültigen Ausbruch aus einem unmenschlich rigiden Sozialsystem motivierend gewirkt haben könne.

Gewicht des Hinduismus

Die Auswirkungen der Armeeaktion im Pandschab auf die Stimmung der Hinduwähler in Nordindien weisen auf das wahltaktische Gewicht des Hinduismus hin. Ebenso entscheidend, wenn auch nach den jüngsten Entwicklungen in Andhra Pradesh nicht zu Gunsten der Kongresspartei, ist der politische Einfluss des Hinduismus in Südindien. Aus diesem Grund sind bei einer Gesamtbetrachtung der politischen, religiösen und regionalen Herausforderungen an Indiens Zusammenhalt einige der wichtigsten Entwicklungen der letzten zwei Jahre zu rekapitulieren. Das modische Schlagwort vom Nord-Süd-Gefälle in Indien wird hier nicht leichtfertig angeführt. Vielmehr sollen einige Anzeichen einer in Zukunft verstärkten Nord-Süd-Polarität im weiteren Rahmen der erwähnten Stärkung des Selbstvertrauens der Hindus dargestellt werden.

Als Indira Gandhi 1980 mit einem Erdrutschsieg an die Macht zurückkam, gewann die Kongresspartei in den vier Südstaaten Andhra Pradesh, Karnataka, Tamil Nadu und Kerala 101 der insgesamt 129 zur Verteilung anstehenden Parlamentssitze. Der Süden trug damit entscheidend zum Glanzresultat von 353 Sitzen in einem 542 Mitglieder zählenden Unterhaus bei. Bereits im Februar 1983 zeigten sich aber bei Landtagswahlen zum Teil erhebliche Erosionen im Kongresslager. In Andhra Pradesh, wo der Kongress bei den nationalen Wahlen 41 der insgesamt 42 Sitze gewonnen hatte, reduzierte die Regionalpartei von N. T. Rama Rao, Telugu Desam, die Kongresspartei zu einer Minorität mit kaum 20 % der Landtagsmandate. Im Nachbarstaat Karnataka, wo 1980 von 28 Parlamentsabgeordneten 27 dem Kongress angehörten, erging es der Partei Indira Gandhis nicht viel besser. Zwar vermochte keine einzelne Partei eine Mehrheit zu gewinnen, doch führten die Landtagswahlen von 1983 zu einer bisher alle Umsturzversuche der Kongresspartei überlebenden Koalition unter Führung der Janata Partei.

Eine Analyse der Wahlresultate von 1980 legt nahe, dass sich die Kongresspartei, will sie die Zweidrittelsmehrheit oder gar die absolute Mehrheit nicht verlieren, grössere Stimmenverluste im Süden nicht leisten kann. Der im vergangenen August inszenierte, umstrittene Sturz von Andhra Pradesh's Chefminister, N. T. Rama Rao, liess offenkundig werden, dass die derzeitigen Kräfteverhältnisse im Süden bei der Kongressführung grosse Nervosität verursachen. Da weder in Kerala noch in Tamil Nadu für die

Kongresspartei viel Spielraum vorhanden ist, muss sich das Interesse naturgemäß auf Andhra Pradesh und Karnataka konzentrieren. Durch die Zersplitterung der Opposition muss dort Premierminister Gandhi versuchen, die unvermeidlichen Sitzverluste auf ein Minimum zu reduzieren.

Wegen der Persönlichkeit des stärksten Widersachers in diesem Strategem, N. T. Rama Rao, kommt dem Gerangel zwischen Kongress und Opposition nicht nur ein Aspekt der Nord-Süd-Kontroverse, sondern auch ein Element des erneuten hinduistischen Rigorismus zu. Rama Rao, vor seinem Einstieg in die Politik, insbesondere im Süden bekannt als Darsteller von Göttergestalten in populären Filmen, hat in seiner Amtszeit als Chefminister von Andhra Pradesh vermocht, sich auf der nationalen Szene als eine machtvolle Inkarnation des intgren, frommen Hindu zu profilieren. Je ausgeprägter die Kongresspartei von der Öffentlichkeit als ein Auffangbecken für skrupellose und korrupte Politiker gesehen wird, desto verklärter erscheint das Bild Rama Raos.

Verbindet man die Tatsache, dass die Reaktionen auf die Ermordung Frau Gandhis im Süden viel zurückhaltender ausfielen als in anderen Landesteilen, mit dem bei den Südindern tiefverankerten Gefühl von einem bevölkerungsmässig übermächtigen, wirtschaftlich viel stärkeren Norden dominiert zu werden, sowie mit dem historischen Selbstbewusstsein der Südinder, die meinen, dass der Hinduismus des Nordens durch die unzähligen Einfälle andersgläubiger Eroberer seine Reinheit verloren habe, so wird die Besorgnis, die das Phäno-

men Rama Rao bei der Führung der Kongresspartei in Delhi hervorruft, verständlich. Ein Charakterzug der indischen Wählerschaft hat sich seit den ersten Parlamentswahlen von 1952 beharrlich gehalten: die Auflehnung gegen jene, die mit der Macht allzu selbstherrlich umgehen. Dieser Gerechtigkeitssinn könnte sich gerade auch zu Gunsten der politischen Symbolfigur des reinen Hindu, Rama Rao, auswirken.

Die Darstellung der derzeitigen politischen und ethnischen Spannungen in dem Riesenreich Indien zeigt die Schlüsselrolle hinduistischer Lebens- und Wertvorstellungen. Dies hat zwei Gründe. Zunächst ist es kaum vierzig Jahre her, seit die Hindus zum ersten Mal nach tausend Jahren Fremdherrschaft sich wieder selbst regieren können, und um ein selbständiges Indien von der vergleichbaren Grösse mit der heutigen Union zu finden, muss man noch weiter in die indische Geschichte zurückblicken. Dieses junge Gebilde ist deshalb beständigen Herausforderungen durch ethnisch, religiös oder sprachlich andersartige Völker ausgesetzt. Auch mit Blick auf die nach wie vor bescheidene Infrastruktur des Landes und mit Rücksicht auf die durch die Übervölkerung geschaffenen internen sozialen Probleme ist in der Tat auf absehbare Zeit hinaus der Hinduismus das einzige verlässliche Band. Dies mag mit wirtschaftlicher Entwicklung, mit der Verbesserung der Erziehung auch in ländlichen Gegenden und mit dem Ausbau eines modernen Kommunikationsnetzes anders werden. Vorerst bleibt allerdings diese Prärogative des Hinduismus unangetastet.

Der zweite Grund für die Schlüsselrolle des hinduistischen Ethos ergibt sich aus der Frage, wie denn die anderen zahlenmäßig teilweise recht beträchtlichen Religionen in Indien sich diesem Supremat des Hinduismus freiwillig unterordnen würden. Auch scheint dies mit dem Anspruch Indiens, ein säkularer Staat zu sein, zu kollidieren. In seinem Wesen ist eben der Hinduismus nicht bloss eine Religion, sondern eine Hochkultur. Die heiligen Schriften der Hindus sind nicht religiöse Katechismen, sondern philosophische Diskurse über Lebensregeln. Grundelemente anderer Hochreligionen wie der Glaube an einen bestimmten Gott und einen bestimmten Propheten sowie die religiöse Verbindlichkeit gewisser Riten und Gebote fehlen im Hinduismus. Dieser greift in Wahrheit auf dem Subkontinent über alle Religionsgrenzen hinaus und beeinflusst die Lebenshaltung aller Menschen, die im ethnischen oder geographischen Sinne als indischer Abkunft bezeichnet werden können. Die Versuche Pakistans, sich von Indien stärker abzuheben, verbinden sich deshalb mit einer entschiedenen Hinwendung zum ethnisch verschiedenen, religiös jedoch verwandten Mittleren Osten. Sieht man von den stark nach Burma ausgerichteten nordostindischen Stämmen ab, so offenbart sich die bindende Kraft des Hinduismus im Umstand, dass sich trotz wiederholter kolonialer Beherrschung des Subkontinents über die Jahrtausende hinweg keine andere Kultur den nötigen Lebensraum schaffen konnte.

Urs Schöttli

Wer hat Angst vor Jaroslav Seifert?

Über den Literatur-Nobelpreisträger 1984

Den diesjährigen Nobelpreis für Literatur erhielt der 83jährige tschechische Dichter Jaroslav Seifert. Dieser Entscheid der Stockholmer Jury war eine doppelte Überraschung: Für einen Augenblick herrschte unter den Feuilletonredaktoren der westlichen Presse eine verständliche Ratlosigkeit wegen der Unbekanntheit des Prager Dichters. Das Prager Statthalterregime hingegen reagierte höchst verlegen angesichts des mutigen Entscheids der Jury der Schwedischen Akademie der Schönen Künste. So absurd es auch klingen mag, die traurige Tatsache bleibt: Erst mit zweitägiger Verspätung nämlich durfte die tschechoslowakische Öffentlichkeit die Nachricht über die Nobelpreisverleihung an Jaroslav Seifert erfahren. Den tschechischen und slowakischen Sendungen des Radios *Free Europe* und *Voice of America* wurde die Initiative überlassen. Darauf eilte der tschechische Kulturminister Milan Klusák zum Krankenbett des Nobelpreisträgers in der Prager Universitätsklinik. In einem in der Tageszeitung *«Rudé právo»* («Rotes Recht») vom 13. Oktober 1984 publizierten – und auch den westlichen Nachrichtenagenturen zugänglich gemachten – Brief an Jaroslav Seifert betonte der Kulturapparatschik Klusák ferner, die Werke des tschechischen Nobelpreisträgers hätten die «Herzen der Tschechoslowaken erwärmt». Seifert spreche «mit moralischer Kraft und eindringlicher Stimme gegen Faschismus und Krieg»

und stimme mit «rührender Schönheit und Zärtlichkeit» das Lob «unserer lieben Heimat» an. Klusák, der zudem das Engagement des Dichters und Journalisten Seifert bei der Befreiung des Landes im Jahre 1945 hervorhob, vergass verständlicherweise das systematische Verschweigen des Autors und das Druckverbot seiner Werke in der Zeit nach dem Prager Frühling.

Die Tschechen vergessen aber nicht, dass Jaroslav Seifert am Freitag, den 23. August 1968, in seinem Gedicht «*Noch Dienstag ...*» mit grösster Schärfe und Empörung den Einmarsch der «Brüderarmeen» in Prag verurteilt hatte.

«*Noch Dienstag ...*
In das Getümmel möcht' ich nur
paar Worte stammeln.
Noch Dienstag liess sich's glauben
es werde eine Hand die Furcht
aus starren Menschenaugen wischen.

Noch Dienstag glaubten wir,
die Zeit ist da,
dem Mord ins Angesicht zu sagen,
du bist Mord,
dass Lumperei zu Lumperei,
Lüge wieder zu Lüge werde
und dass die Hand mit der Pistole
niemals wieder schuldlose Türen
öffnen wird.

Doch wollte ich zuviel in dem
Jahrhundert
und in dem unglücklichen Land,
wo jeder Baum, der Träume blüht,
sich jäh in Sand verwandelt ...»

Hat wohl gerade dieses Gedicht den Zorn des Prager Kulturapparates hervorgerufen und die offizielle Verleugnung des Dichters bewirkt?

Im Westen scheint ein bestimmter Literatentypus praktisch ausgestorben zu sein, nämlich derjenige des Nationaldichters. Jaroslav Seifert ist mit seinem dreissig Gedichtbände umfassenden Lebenswerk in der Tat *der Nationaldichter des tschechischen Volkes* geworden. Zu seiner Lyrik greifen nicht nur die Intellektuellen, sondern buchstäblich die Poesieliebhaber aller gesellschaftlichen Schichten.

Der am 23. September 1901 (im Jahre der ersten Verleihung des Literatur-Nobelpreises) als Arbeitersohn im Prager Proletarierviertel Žižkov (Veitsberg) geborene Jaroslav Seifert publiziert seine ersten Verse im sozialdemokratischen Blatt *«Právo lidu»* («Volksrecht»). Sein Gymnasialstudium bricht er in der Quinta des Veitsberger Gymnasiums ab und widmet sich ausschliesslich dem Journalismus und der Literatur. Seiferts erster Lyrikband erscheint 1921 unter dem Titel *«Město v slzách»* («Die Stadt in Tränen»); er löst damit allerdings ein relativ geringes Echo aus.

Ein Jahr nach dem Erscheinen der ersten Sammlung arbeitet Seifert als Redaktor des Kommunistischen Verlages in Perštýn, Prag. Zu dieser nicht besonders lukrativen Stelle verhilft ihm sein Dichterkollege S. K. Neumann. Seiferts Freundschaft mit S. K. Neumann und vor allem diejenige mit dem jungen Literaturtheoretiker Karel Teige bedeutet seine definitive Abkehr von der eher naiven – damals aber so populären Arbeiterlyrik.

Jaroslav Seifert schliesst sich dem

am 5. Oktober 1920 in Prag gegründeten Künstlerverband *«Devětsil»* («Pestwurz», auch «Neunkraft») an. Dieser «Verband moderner Kultur» bedeutet den ersten starken Nachkriegsimpuls in der 1918 gegründeten bürgerlich-demokratischen Tschechoslowakischen Republik. Neben Seifert scharen sich unter dem Banner des «Poetismus» weitere hoffnungsvolle junge Dichter: Jiří Wolker, Jindřich Horejší, A. M. Píša, Konstantin Biebl u. a.

Der grosse tschechische Prosaiker Vladislav Vančura formuliert hinsichtlich des neuen so dynamischen Künstlerverbandes die beflügelten Worte: «Neu ist der Stern des Kommunismus, seine Gemeinschaftsarbeit schaffte eine neuen Stil, und es gibt keine Modernität ausser dieser ...»

Karel Teige, der Sekretär und der geistige Vater des neugegründeten Künstlerbundes legt das politische und künstlerische Programm des *«Devětsil»* im September 1920 vor: «So steht heute jede schöpferische Menschenarbeit vor der ungeheuren Aufgabe, die Welt neu zu erbauen ... Der Dichter und Denker steht neben dem Soldaten der Revolution: ihre Aufgabe ist dieselbe ... Es gibt nur einen Weg, der zum Morgen führt ... Die Kunst von Gestern – gleichgültig, ob wir sie Kubismus, Futurismus, Orphismus oder vielleicht Expressionismus nennen – fand also Dinge ‚an sich‘ schön, und das genügte ihr ...» Abgedruckt wurde Teiges Standortbestimmung erst im Frühjahr 1921 in Čapeks *«Musaion»*.

Dank der *«Devětsil»*-Gruppe wird Prag in den zwanziger Jahren zu einem Kreuzungspunkt aller damaligen europäischen Avantgardeströ-

mungen, insbesondere der französischen und der sowjetischen, deren Impulse keineswegs nur passiv rezipiert, sondern zu einer höchst originellen Synthese entwickelt werden, die noch zusätzlich den Flankenschutz des «Prager linguistischen Kreises» bekommen, dem u. a. Roman Jakobson und Jan Mukařovský angehören.

Anders als Jiří Wolker versucht Jaroslav Seifert das Leben der «Armen und Ausgebeuteten» zu entmythologisieren; das Versprechen des «irdischen Paradieses» sollte sich erst nach der «grossen Revolution» realisieren. Nach dem Erscheinen des zweiten Gedichtbandes «Samá láska» («Lauter Liebe») 1923 greift S. K. Neumann den ehemaligen «proletarischen Lyriker» Seifert und seinen «Betreuer» Teige vehement an. Er bezichtigt sie des «Verrats an der Sache der sozialen Revolution»: «Für kollektive Kunst sprechen sich junge Männer aus, die so viel egoistischen Individualismus besitzen, dass sie ihre theoretischen Launen einer ganzen Bewegung diktieren möchten ... Seifert, der Autor der Bücher „Město v slzách“ und „Samá láska“ ist nur ein weicher und sehr wenig intellektuell veranlagter Dichter, und er unterlag am stärksten von allen Anwärtern der neuen Klassenkunst den ideologischen Sprüngen des Genossen Teige ...»

In den Zeiten der bewegten Bildersärmerei, während der Suche nach der «neuen proletarischen Kultur», kann Seifert – bei allem kritischen Abstand – ein positives Verhältnis zur Tradition beibehalten. Die Gedichte der französischen Symbolisten scheinen fast unmerklich in die Struktur der frühen Verse Seiferts einzutragen.

Von entscheidender Bedeutung aber ist seine Entdeckung der poetischen Methode des Guillaume Apollinaire. Die hervorragende Apollinaire-Übersetzung ins Tschechische von Karel Čapek ermöglicht Seifert und seinen «Devětsil»-Kollegen das intuitive Erkennen neuer struktureller Wege.

Nach dem Titel des Gedichts von Apollinaire «Zone» (tschechisch: «pásma») spricht man seitdem in der tschechischen Poetologie von der «Pásma-Methode». «Pásma», d. h. die frei entwickelte assoziative Kette, empfindet der junge Seifert als den treffendsten Ausdruck der sich neu formierenden Maschinenzivilisation. Es ist also kein Zufall, dass Seifert, anlässlich des 10. Todestages von G. Apollinaire, von einer «unbewussten Liebe» zu seinem Vorbild spricht.

Von besonderer Bedeutung ist Seiferts gemeinsame Reise mit K. Teige zum Ort aller Sehnsüchte der tschechischen Poetisten – Paris. In Paris, im Sommer 1922, empfangen Teige und Seifert neue Impulse für die weitere Entfaltung des tschechischen Poetismus. Teiges theoretische Arbeit gipfelt 1925 in seinem Artikel «Konstruktivismus», und Seifert gibt gleichzeitig seine dritte Sammlung heraus, «Na vlnách TSF» («Auf den Wellen der drahtlosen Telegraphie»). In diesem experimentellen Band bereichert Seifert die tschechische Poesie mit neuen Dimensionen, mit pointierten, metaphorischen Paradoxen, assoziativen Vexierbildern, Calembours und schliesslich mit einer ausgefallenen Typographie.

Das grösste Aufsehen erregt damals Seiferts spielerisches Gedicht «Rechenbrett der Liebe» («Počítadlo lásky»).

«*Deine Brust
ist wie ein Apfel aus Australien
Deine Brüste
sind wie zwei Äpfel aus Australien
Wie gerne hab' ich dieses Rechen-
brett der Liebe ...»*

In seinen Erinnerungen, «*Všecky krásy světa*» («Alles Schöne der Welt») 1982, schreibt Seifert über die grosse Irritation seines damaligen Druckers und Verlegers, Herrn Václav Petr, der sich «in seinem typographischen Rodeo» wähnte beim Setzen des Gedichts in Form eines Kinderrechenbretts. Dies entspricht dem ureigenen Sinn des Poetismus, der seit seinen Anfängen die engen Grenzen der «bürgerlichen» Kunst sprengen wollte und für die «Rettung und Erneuerung des Gefühlslebens, der Freude und der Phantasie» eintrat.

Zur wichtigen Zäsur im Leben des Dichters und des kommunistischen Kulturjournalisten Seifert kommt es im Jahre 1925. In diesem Jahr besucht er die Sowjetunion. Diese offenbar frustrierende Erfahrung wird durch eine zweite Russlandreise im Jahre 1928 verstärkt. Demzufolge verlässt Seifert 1929 im Protest, zusammen mit sechs anderen Autoren, die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei. Gleichzeitig bedeutet Seiferts ideologischer Bruch mit der stalinistischen Kulturfront der KP auch seine schrittweise Abkehr vom Poetismus. Seit diesem Konflikt stehen sich in der Tschechoslowakei die kommunistische Parteibürokratie und die linke Kulturavantgarde feindlich gegenüber! Der eigentliche Vorschlag für Seiferts Ausschluss aus der KPC stammte von Július Fučík, dem parteitreuen Publizisten.

Nach dem deutschen Einmarsch in Prag arbeitet Seifert weiter als Redaktor des Verlages Fr. Borový. In diesen schicksals schweren Jahren wird er allmählich zu einer Art «moralischen Gewissens» der tschechischen Nation, die ihre dunkelste Zeit in der neueren Geschichte zu überstehen hatte. Der politischen und moralischen Katastrophe der Jahre 1938 bis 1945 begegnet Seifert mit der wachen, starken Lyrik eines nach Freiheit und Gerechtigkeit durstenden Mannes. In diesen Jahren erscheinen vier Gedichtsammlungen. Im Band «*Zhasněte světla*» («Löscht die Lichter») 1940 schreibt Seifert unmissverständlich:

«*Löscht die Lichter!
Dass ich den Tau nicht abschüttle,
der an meinen Wimpernenden
zittert,
nur leise, nur still, ohne Pathos
ich sage mir: was für ein Lichtstrahl
war es
in jener Nacht, als sich plötzlich
alles verdunkelte
und jeder sich wie ein Schatten
zu Boden duckte ...»*

Nach dem Ausklingen der stalinistischen Terrorjahre in der tschechoslowakischen Kulturszene meldet sich Seifert auch öffentlich zu Wort: 1956, auf dem Schriftstellerkongress in Prag, prangert er die Schergen der KP an, die für die Verfolgung und gar Vernichtung eines Teiles der tschechischen Schriftstellergemeinde verantwortlich waren.

Erst in den sechziger Jahren findet Seifert neue Kraft für Verse von enormer formaler Klarheit und äusserster Stilsicherheit. In seinen neuen Sammlungen «*Koncert na ostrově*» («Inselkonzert») 1965, «*Halleyova*

kometá» («Der Halleysche Komet») 1967, und «*Odlévání zvonů*» («Glockengiessen») 1967, verlässt er die Liederform der fünfziger Jahre und wird intensiver und konsequenter im Ausdruck.

Nach der sowjetischen Okkupation seines Landes unternimmt Seifert als interimistischer Vorsitzender des Schriftstellerverbandes von 1969 bis 1970 den verzweifelten Versuch, sich dem Liquidierungsdruck der Partei zu stellen. Es dauert nicht lange, und die Partei rächt sich an Jaroslav Seifert, der wie früher seine dichterische, wie auch menschliche Integrität zu wahren weiß. Zwischen 1968 und 1975 erscheint in den tschechoslowakischen Verlagen keine einzige Zeile von Jaroslav Seifert. So publiziert Seifert im Untergrund; die Exilverlage in Kanada und in der BRD springen bereitwillig in die Bresche.

Seiferts erste Neuerscheinung am tschechoslowakischen Büchermarkt, «*Morový sloup*» («Die Pestsäule»), er-

scheint zwar 1981 in der Auflage von 10 000 Exemplaren. Sie ist dafür durch die Zensorenhand stark bereinigt. Das gleiche Schicksal trifft auch die letzte Erscheinung von Seifert, das Buch seiner Lebenserinnerungen, «*Všecky krásy světa*» («Alles Schöne der Welt»), 1982.

«*Von der Stunde Hoffnung
zur Stunde Niemals,
von der es nur noch ein Fussbreit ist
zur Stunde Hoffnungslosigkeit
und zum Drehkreuz des Todes ...»*
«*Die Pestsäule*»)

Seiferts Gedicht «Die Pestsäule» lag fast zehn Jahre in der Schublade des Zensors. Ist es nur die Kraft von Seiferts Vision, die sich in seinen dunklen Versen äußert? Oder liegen die Ursachen anderswo, zum Beispiel in der tragischen Lähmung einer ganzen nationalen Kultur inmitten Europas? Wer hat eigentlich Angst vor Jaroslav Seifert?!

Dušan Šimko

Tiger-Schibe, gäbig, guet u gschwind

«**Sandwich**», die milde
... aus Emmentaler
«**Toast extra**», die rezente
... aus Gruyère, Appenzeller
und Emmentaler

